

# DER BÜRGER IM STAAT

## INHALT

Jörg Tremmel	224
<b>Kinder- und Jugendbeteiligung: Partizipation ohne Deliberation?</b>	
Christopher Gohl	234
<b>Systematiken demokratischer Beteiligung</b>	
Wolfgang Gaiser, Johann de Rijke	246
<b>Politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Vielfalt und Bedingungsfaktoren</b>	
Eva Feldmann-Wojtachnia, Barbara Tham	256
<b>Jugend und Politik im Dialog: Empowerment durch die EU</b>	
Jeannette Behringer	263
<b>„Politikverdrossenheit“ im Demokratieparadies? Jugendbeteiligung in der Schweiz</b>	
Steven Heckler	270
<b>To vote or not to vote?</b>	
Norbert Kersting	278
<b>Onlinebeteiligung und Jugendliche – Expressiv und unabhängig?</b>	
Jürgen Ertelt	286
<b>Die Jugend digital beteiligen</b>	
Ursula Bischoff, Frank König, Eva Zimmermann	293
<b>Partizipationsförderung durch die Stärkung von Dissenskompetenz</b>	
Anna Maria Kamenik, Roman Sieler, Nina Welke	301
<b>Jugendverbände als partizipatorisches Lernfeld</b>	
Elena-Kristin Esly	310
<b>Eine neue Idee bringt frischen Wind in die Debatte um den (politischen) Nachwuchs</b>	
Angelika Barth	319
<b>Warum ein Jugendgemeinderat (nicht) der richtige Weg zur Partizipation ist</b>	
Albert Scherr, Lena Sachs	323
<b>Beteiligung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg</b>	
Theresa King, Maximilian Clar	331
<b>Zu jung, um relevant zu sein? 18- bis 28-Jährige in den Wahlkampfstrategien der Parteien</b>	
Martina Bechtle, Birgit Schreiber, Udo Wenzl	338
<b>Demokratie von Anfang an – Kinderbeteiligung im kommunalen Raum</b>	
Xenia Beck, Gabriele Blawert, Ann-Kathrin Götz, Volker Knoop, Filipe Fraga Sousa, Sarah Stötzel, Raphael Walz, Udo Wenzl	344
<b>Kommunalpolitik, politische (Willens-)Bildung und Jugendbeteiligung vernetzt gestalten</b>	
Buchbesprechungen	350
Jahresinhaltsverzeichnis	363

**HEFT 4 – 2016**  
**66. JAHRGANG**  
**ISSN 0007-3121**

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

**DIREKTOR DER LANDESZENTRALE**  
Lothar Frick

**REDAKTION**  
Prof. Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

**REDAKTIONSASSISTENZ**  
Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

**ANSCHRIFT DER REDAKTION**  
Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart  
Telefon 07 11/16 40 99-44, Fax 07 11/16 40 99-77

**HERSTELLUNG**  
Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG  
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit  
Telefon 07 11/44 06-0, Fax 07 11/44 06-174

**GESTALTUNG TITEL**  
Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

**GESTALTUNG INNENTEIL**  
Schwabenverlag Media  
der Schwabenverlag AG

**VERTRIEB**  
Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm  
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm  
Telefon 07 31/94 57-0, Fax 07 31/94 57-224  
www.suedvg.de

Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.  
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

## THEMA IM FOLGEHEFT

### Rechtspopulismus

# Kinder- und Jugendbeteiligung: Partizipation ohne Deliberation?

Jörg Tremmel

Der einleitende Beitrag von Jörg Tremmel versteht sich als theoretische Grundlegung für eine eigenständige Theorie der Jugendbeteiligung. Jörg Tremmel erörtert zunächst die wesentlichen Merkmale der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie. Die Gegenüberstellung von Partizipation und Deliberation wirft mit Blick auf Kinder- und Jugendbeteiligung eine grundlegende Frage auf: Ist die politische Partizipation junger Menschen im Grunde Partizipation ohne Deliberation? Die definitorische Abgrenzung beider Theorien zeigt, dass die deliberative Demokratietheorie hohe Ansprüche an die Diskussions-, Urteils- und Entscheidungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger stellt. Daraus erwächst der Vorwurf der Überforderung. Wie ist es dann um diese Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen bestellt? Stellt die Fähigkeit zum Deliberieren nicht eine Überforderung für Jüngere dar? Kann Partizipation ohne Deliberation überhaupt Lerneffekte zeitigen? Will man das Überforderungsargument entkräften und jungen Menschen Entscheidungskompetenzen geben, so gilt es, für Beteiligungsprojekte mit Kindern und jungen Menschen ein angemessenes Design bzw. institutionalisierte Formen für eine effektive Teilhabe bereitzustellen. ■

## Einleitung

In diesem Beitrag werden zunächst die wesentlichen Merkmale der partizipativen Demokratietheorie vorgestellt und von denen der deliberativen Demokratietheorie abgegrenzt. Diese Gegenüberstellung eröffnet in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung eine interessante, bisher kaum behandelte Fragestellung: Ist die politische Partizipation junger Menschen per se Partizipation ohne Deliberation? Da die deliberative Demokratietheorie hohe Ansprüche an Diskussions-, Urteils- und Einsichtsfähigkeit stellt, wird ihr oft vorgeworfen, sie überfordere die (erwachsenen) Bürgerinnen und Bürger. Hält man diesen Vorwurf für berechtigt, so müsste er für Kinder und Jugendliche noch verschärft gelten. Im Folgenden wird zugestanden, dass in der Tat die Fähigkeit zum Deliberieren allenfalls bei älteren Jugendlichen anzutreffen sein dürfte. Partizipation (ohne Deliberation) ist aufgrund der damit verbundenen Lerneffekte dennoch schon im frühen Kindesalter sinnvoll. Die Unterschiede zwischen Erwachsenen und Heranwachsenden haben auch Auswirkungen auf das angemessene Design von Beteiligungsprojekten. Hierzu wird zunächst begründet, warum das Selbstrekrutierungsprinzip (im Vergleich zur Zufallsauswahl) bei Beteiligungsprojekten für erwachsene Bürgerinnen und Bürger problematisch ist. Sodann wird ausgeführt, warum die Nachteile dieses Prin-

zips bei Beteiligungsprojekten für Kinder und Jugendliche durch positive Effekte überkompensiert werden.

In der Beteiligungsforschung fehlen bisher eigenständige Theorien der Jugendbeteiligung. Der Artikel leistet hierfür wesentliche Beiträge. Die Quantität- vs. Qualität-Debatte wird durch den Kontrast zwischen Partizipation und Deliberation um einen neuen Aspekt bereichert.

## Partizipative und deliberative Demokratietheorie

Gelegentlich werden die Unterschiede zwischen partizipativer und deliberativer Demokratietheorie als gering dargestellt,<sup>1</sup> oder beide werden sogar unter derselben Überschrift „beteiligungsorientierte Demokratietheorien“ zusammengefasst.<sup>2</sup> Das ist vorschnell und fokussiert zu sehr auf oberflächliche Gemeinsamkeiten. Für einen Vergleich sollen in der Tradition der Weberschen „Ideal-typen“<sup>3</sup> die wesentlichen Merkmale der jeweiligen Theorien in Reinform herausgearbeitet werden.

Die partizipative Demokratietheorie ist eine inputorientierte Theorie. Was dies heißt, kann gut an einer Unterscheidung aus Abraham Lincolns berühmter *Gettysburg Address* verdeutlicht werden: „government by the people“

Der Kern der Deliberation wurde von Jürgen Habermas in seiner Diskursethik auf die wunderbare, nur auf den ersten Blick widersprüchliche Formel gebracht: „der zwanglose Zwang des besseren Arguments“.

picture alliance/dpa



und „government for the people“.<sup>4</sup> Eine inputorientierte Theorie bewertet die Qualität einer Demokratie nicht nach ihren Ergebnissen, sondern nach der Art und Weise, wie diese Ergebnisse zustande kommen – durch das Volk. Eine solche Theorie hält die geistige Verfasstheit der Menschen (als Demokraten) für wichtiger als die Verfasstheit der Staaten (als Demokratien). Der Bourgeois soll zum Citoyen werden, der Konsument zum moralisch, politisch und intellektuell kompetenten Bürger.

Die deliberative Demokratietheorie hingegen ist eine input- und outputorientierte Theorie. Auch die deliberative Demokratietheorie kennt die transformative Inputdimension, aber den Charakter der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern ist hier nicht der einzige Zweck, sondern auch – oder sogar „nur“ – ein Mittel, um wünschenswerte Ergebnisse für alle („for the people“) zu erzielen. Claudia Landwehr sieht einen Vorrang für die Output-Orientierung: „In der deliberativen Theorie hat die Qualität der Entscheidung Vorrang und Partizipation darf hier keinesfalls Selbstzweck sein, während in partizipativen, republikanischen und in jüngerer Zeit auch kommunitaristischen Theorien (deren Übergänge fließend sind) die Teilhabe des Bürgers an der Gesellschaft und am Politischen um ihrer selbst willen im Mittelpunkt steht.“<sup>5</sup> Wie soll nun eine hohe Performanz erreicht werden? Nun, eben qua einer besonderen Form der Kommunikation: der Deliberation. Der Deliberationsbegriff enthält die Komponenten „Begründung“, „Abwägung“ und vor allem die „Anerkennung des besten Argumentes“. Am Ende steht, im Erfolgsfall, ein Konsens. Die Idee des Konsenses geht zurück auf die Sokratische Praxis des Prüfens von Gründen für strittige Behauptungen in einem Dialog.<sup>6</sup> Wer gute Gründe anführt, der „überzeugt“ den Gesprächspartner – anstatt ihn zu „überreden“. Bei einem Konsens, so Marcus Düwell, „kommen mehrere Ak-

teure hinsichtlich ihrer Überzeugungen überein. Wenn man einen Konsens findet, so haben sich in der Regel zuvor differierende Positionen verändert und auf eine gemeinsam getragene Überzeugung verständigt.“<sup>7</sup> Während bei der toleranten „Duldung“ und dem respektvollen „Let’s agree to disagree“ die Differenz zwischen den Positionen erhalten bleibt, tritt im Falle des Konsenses eine Einigung ein, die auf einer Einsicht in der Sache beruht. Man verändert seine ursprüngliche Position nicht aufgrund der Druckmittel der Gesprächspartner, sondern weil man sich von der Richtigkeit der Sache bzw. der Argumente hat überzeugen lassen. Dieser Kern der Deliberation wurde von Jürgen Habermas auf die wunderbare, nur auf den ersten Blick widersprüchliche Formel gebracht: „der zwanglose Zwang des besseren Arguments.“<sup>8</sup>

Nun zum Kompromiss, der von Düwell adäquat wie folgt definiert wird: „Wenn wir gemäß einem Kompromiss handeln, dann tun wir etwas, von dem wir nicht im Letzten überzeugt sind. Wir lassen uns auf den Kompromiss ein, weil wir dem Opponenten entgegenkommen wollen, um ihn seinerseits vom Abrücken von Positionen zu bewegen, die mit unseren Auffassungen und Forderungen noch weniger vereinbar sind als der Kompromiss. (...) Der Kompromiss ist auch mit einer Verhaltensänderung verbunden. Jedoch bin ich in diesem Fall bereit, mein Handeln zu modifizieren, wenngleich ich nach wie vor nicht überzeugt bin, dass die modifizierte Verhaltensweise die *an sich* [Hervorhebung im Original] bessere ist.“<sup>9</sup> Warum aber kommt es dann überhaupt zum Kompromiss? Weil alle Beteiligten einsehen, dass die Alternativen zum Kompromiss (z. B. Stillstand, Handlungsunfähigkeit, Eskalation, Krieg) für die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen bzw. Ideale<sup>10</sup> noch schlechter wären als der Kompromiss.

Als „Deliberation“ wird also eine konsensorientierte Kommunikation definiert, die unter freien und gleichen Bedingungen stattfindet und bei der alle Beteiligten von vorneherein den Grundsatz akzeptieren, dem besten Argument zu folgen. „Reden“ ist, lebenspraktisch betrachtet, ein Müssen, „Deliberieren“ aber ist ein Können. Die deliberative Demokratietheorie hat „nicht nur neue Analysen von politischer Rede möglich gemacht, sondern eine heftige Debatte in Gang gebracht, wie Politik im Idealzustand überhaupt sein sollte.“<sup>11</sup>

Ein weiterer Graben, der beide Demokratietheorien trennt, betrifft das quantitative Optimum von Beteiligten. „[Der Kern der partizipativen Demokratietheorie] strebt nach Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles – mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung von Politik und Gesellschaft“, schreiben Claus Leggewie und Patricia Nanz.<sup>12</sup> Damit tritt eine rein quantitative Maximierungslogik ein: Zehn Beteiligte sind besser als fünf. Tausend sind besser als 500. Das Ziel der politischen Beteiligung, von möglichst vielen über möglichst vieles, kann auch in einer Direktdemokratie verwirklicht werden – was Anlass dazu gibt, das Verhältnis von deliberativer und direkter Demokratietheorie zu beleuchten.<sup>13</sup> Weil sie die sachunmittelbare Entscheidung, die Kampfabstimmung über eine kontroverse politische Frage in den Mittelpunkt stellen, werden Volksabstimmungen von Deliberationisten in der Regel recht kritisch beurteilt. Die Theorie der deliberativen De-



mokratie stellt das Sich-Annähern der Standpunkte, den *konstruktiven* Diskurs in Richtung eines Konsenses in den Mittelpunkt<sup>14</sup>: Vielleicht braucht es danach noch eine Abstimmung, vielleicht aber auch nicht, weil sich durch die Art des Diskutierens schon eine Einigung erreichen ließ. Die deliberative Demokratietheorie besteht im Kern aus der Idee, dass nicht *nur* die Mehrheit (legal ob die Mehrheit in einem Bürgerforum, einer Wahl oder einem Referendum) in einer Demokratie entscheidend sein sollte, sondern *eben auch* das bessere Argument. Wenn es gelingt oder zumindest versucht wird, dem besseren Argument Geltung zu verschaffen, so hat gemäß der deliberativen Demokratietheorie die getroffene Entscheidung eine höhere Legitimität als eine durch Wahl oder Plebiszit allein herbeigeführte Entscheidung. Abstimmungen werden als notwendiges Übel angesehen, zu denen es zwar in der Regel kommen wird, die aber immer auch mit einem weinenden Auge zu betrachten sind, weil ein Konsens dann ja offensichtlich nicht geglückt ist.

Nun zu den Unterschieden in der Tiefenstruktur der beiden hier verglichenen Demokratietheorien: Die Vorstellung eines in ethisch-moralischer Hinsicht „richtigen“, soll heißen: von den eigenen Interessen abstrahierenden und somit verallgemeinerungsfähigen Standpunktes, findet sich laut Landwehr in vielen Varianten der deliberativen Demokratietheorie wieder.<sup>15</sup> Dazu zählt zweifellos die deliberative Theorie von Habermas, deren Kerngehalt Boris Rähme so zusammenfasst: „In der diskursiven Konsensbildung über moralische Normen verbindet sich das konstruktive Moment der vernünftigen Willensbildung durch Entwurf einer auf intersubjektive Gültigkeit bezogenen moralischen Selbstgesetzgebung mit dem kognitiven Moment des Erkennens oder ‚Entdeckens‘ des moralisch Richtigen.“<sup>16</sup> Die wahrheitssuchende und -fördernde Komponente wird bei Partizipationisten bzw. Vertretern der Direktdemokratie hingegen eher kleingeschrieben. Sie stehen dem Gedanken einer Suche nach „richtigen“ bzw. „wahren“ Antworten fremdelnd gegenüber. So kann laut Benjamin Barber die Kommunikation von Bürgern über politische Fragen aufgrund der konfliktartigen Natur des Politischen gar nicht auf Konsensfindung ausgerichtet sein: „[W]here consensus stops, politics starts“.<sup>17</sup> Zwei Begriffe aus der Wissenschaftstheorie (der Ethik) müssen an dieser Stelle eingeführt werden: Non-Kognitivismus und Kognitivismus. Kognitivistisch ist die Auffassung zu nennen, dass die richtigen Antworten auf ethisch-politische Fragen als solche erkannt werden können, d. h. einen möglichen Gegenstand unseres Wissens bilden (das setzt voraus, dass es sie gibt); während Non-Kognitivisten zwar nicht unbedingt die *Existenz* solcher Antworten, wohl aber ihre *Erkennbarkeit* für uns bestreiten.<sup>18</sup> Entlang dieser Trennlinie ergibt für sich Partizipationisten



Wenn es gelingt oder zumindest versucht wird, dem besseren Argument Geltung zu verschaffen, so hat gemäß der deliberativen Demokratietheorie eine solcherart getroffene Entscheidung eine höhere Legitimität als eine durch Wahl oder Plebiszit allein herbeigeführte Entscheidung.

picture alliance/dpa

und Deliberationisten auch ein unterschiedliches Menschenbild. Die deliberative Theorie veranschlagt die Einsichtsfähigkeit des Menschen als sehr hoch, bis hin zu der ihm zugesprochenen Bereitschaft, (langfristig) dem besseren Argument zu folgen, selbst wenn dafür eigene Positionen zu räumen sind. Dagegen ist die vollständige Perspektivenübernahme in der partizipativen Demokratietheorie weder vorgesehen noch erwünscht. Nach ihrem Credo ist der Streit, nicht die Einhelligkeit, ein persistierendes Merkmal des Politischen. Habermas' Formel vom zwanglosen Zwang des besseren Argumentes ist unvereinbar mit dem Welt- und Menschenbild aller Demokratietheorien, die Konsense per se für unerreichbar halten.

Die Unterschiede zwischen der partizipativen und der deliberativen Demokratietheorie, in der Tabelle noch einmal

**Tabelle 1: Unterschiede zwischen der partizipativen und deliberativen Demokratietheorie**

Partizipative Demokratietheorie	Deliberative Demokratietheorie
Inputorientiert	Input- und outputorientiert
Kompromiss	Konsens
Epistemologie: Non-Kognitivismus	Epistemologie: Kognitivismus
Anthropologie: begrenzte Bereitschaft, eigene Positionen aufzugeben, (dauerhafter) Streit als Kennzeichen der Politik	Anthropologie: Einsichtsfähigkeit des Menschen; Bereitschaft, (langfristig) dem besseren Argument zu folgen, selbst wenn man dafür eigene Positionen räumen muss

Quelle: Eigene Darstellung, J. T.



übersichtlich zusammengefasst, sind daher so groß, dass beide nicht unter dem Rubrum „beteiligungsorientiert“ zusammengefasst werden sollten.<sup>19</sup>

Erst nach dieser definitorischen Abgrenzung von partizipativer und deliberativer Demokratietheorie lassen sich einige interessante Fragen konstruieren: Sollten auch Einbußen bei der Qualität der Ergebnisse in Kauf genommen werden, wenn dies nötig ist, um die politische Beteiligung von möglichst vielen über möglichst vieles sicherzustellen? Und was genau hieße dies für (eine Theorie der) Kinder- und Jugendbeteiligung? Da die deliberative Demokratietheorie hohe Ansprüche an Diskussions-, Urteils- und Einsichtsfähigkeit stellt, wird ihr oft vorgeworfen, sie überfordere die (erwachsenen) Bürgerinnen und Bürger. Hält man diesen Vorwurf für berechtigt, so müsste er für Kinder und Jugendliche noch verschärft gelten.

### **Familienräte mit sehr jungen Kindern: Partizipation ohne Deliberation**

Das Konzept „Erziehung“ findet man in der Pädagogik, aber auch in der Politikwissenschaft – insbesondere in Fachartikeln über die partizipative Demokratietheorie: „Sie [die Partizipation, J. T.] soll erzieherisch wirken und die Individuen zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern heranbilden.“<sup>20</sup> Wenn aber bei einer inputorientierten Demokratietheorie wie der partizipativen das Erziehungs- bzw. Transformationsargument derart zentral ist, dann ist es sinnvoll, diese Theorie nicht ausschließlich im Kontext von politisch uninteressierten Erwachsenen, die für politische Beteiligung (zurück-)gewonnen werden sollen, zu betrachten. Noch virulenter ist sie dann in Bezug auf Kinder und Jugendliche, also Bürgerinnen und Bürger in spe.<sup>21</sup>

Es ist nicht zu bestreiten, dass die kognitiven Fähigkeiten und vermutlich auch die emotionale Intelligenz des Menschen im Normalfall graduell vom Kindes- über das Jugend- bis hin zum Erwachsenenalter zunehmen. Daher stellt sich die Frage, ob die politische Beteiligung junger Menschen selbst im besten Fall nur „Partizipation ohne Deliberation“ sein kann – und falls ja, ob dies überhaupt problematisch wäre. Die Frage nach der normativen Eigenständigkeit der partizipativen Demokratietheorie taucht hier im neuen Gewand auf: Kann diese Demokratietheorie bestenfalls eine Brückenfunktion hin zur deliberativen Demokratietheorie beanspruchen, oder überzeugt sie auch als eigenständige Demokratietheorie? Wieder anders gefragt: Können in Szenarien, in denen Partizipation und Deliberation nicht erreichbar sind, die positiven Effekte von Partizipation die möglicherweise negativen Effekte, die sich aus dem Fehlen von Deliberation ergeben, überwiegen? Aus Sicht der partizipativen Demokratietheorie ergibt es Sinn, Mitbestimmung schon vom frühen Kindesalter an zu ermöglichen: in Familie und Kindergarten.<sup>22</sup> „Demokratie wird nur durch Partizipation gelernt“ – so lautet ein Credo dieses Ansatzes.<sup>23</sup> Es war u. a. der amerikanische Pädagoge John Dewey, der in seinem Werk *Democracy and Education* (1916/1964) den Ansatz der „Demokratie als Lebensform“ ausarbeitete. Der Ansatz plädiert dafür, auf der „zivilen“ Ebene der Demokratie<sup>24</sup> Institutionen wie freie Rede, wechselnder Vorsitz bei Aussprachen und ergebnisoffene Abstimmungen zu praktizieren. Auch Deweys Theorie ist inputorientiert, da sie die persönliche Entwicklung des Einzelnen als das wichtigste moralische Ziel der Staatsform Demokratie begreift. „Damit Kinder zu Demokraten heranwachsen, sollen sie möglichst früh mit demokratischen Grundwerten in Berührung kommen und sie durch eigene Beteiligung an sozialen und gesellschaftlich-politischen Prozessen schätzen lernen und einüben“,<sup>25</sup> so Julia Wittig.

Um wie unter einem Brennglas das Auseinanderfallen von Partizipation und Deliberation zeigen zu können, soll das Modell des Familienrates (nach Rudolf Dreikurs) vorgestellt werden.<sup>26</sup> Ein solcher Rat ist ein regelmäßig stattfindendes Treffen aller Mitglieder eines Haushalts, der nicht nur bei akuten Problemen einberufen wird, sondern einen festen Tagungsrhythmus hat. Es gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Jeder darf jedes Thema ansprechen, das ihm auf dem Herzen liegt, wenn es auch die anderen, also die Hausgemeinschaft, betrifft. Er oder sie darf so lange reden wie gewünscht, ohne unterbrochen zu werden. Eine zeitliche Begrenzung der Sitzung ist nicht vorgesehen. Die Mitglieder des Rates betrachten sich gegenseitig als Gleichwertige, unabhängig von ihrem Eltern- bzw. Kind-Sein. Die „Ämter“ Sitzungsleitung und Protokollführung wechseln, werden also auch mal von den Kindern ausgeübt, „einschließlich aller Kinder, die bereits sprechen können. Das Kind, das noch nicht schreiben kann, mag sich dabei jemanden zum Helfer wählen (...).“<sup>27</sup> Auf der „Partizipationsleiter“ nach Richard Schröder ist der Familienrat auf Stufe 7 (Mitbestimmung: Die Initiative geht von Erwachsenen aus, Entscheidungen werden mit Kindern gemeinsam getroffen) einzuordnen.<sup>28</sup>

Die Ähnlichkeit der Gesprächsregeln des Familienrates mit den aus der deliberativen Demokratietheorie bekannten Diskursregeln ist frappierend:

- Jeder, der sprechen kann, darf an Diskursen teilnehmen.
- a) Jeder darf jede Behauptung problematisieren; b) Jeder darf jede Behauptung in den Diskurs einführen; c) Jeder darf seine Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse äußern.
- Kein Sprecher darf durch innerhalb oder außerhalb des Diskurses herrschenden Zwang daran gehindert werden, seine oben formulierten Rechte wahrzunehmen.<sup>29</sup>

Diese Diskursregeln von Robert Alexy bzw. Jürgen Habermas waren aber für Erwachsene entwickelt worden, nicht für Versammlungen ohne Mindestalter der Teilnehmer, wie von Dreikurs befürwortet. Es ist wichtig, sich die Ausgangslage einer solchen Versammlung plastisch vorzustellen: *Sonntags nach dem Frühstück debattieren Papa Gerd, Mama Julia, die fünfjährige Anne und die beiden dreijährigen Zwillinge Robert und Reiner über Fernseh- bzw. Computerspielzeiten, Süßigkeiten-Konsum, Ordnung im Haushalt und was sie heute noch unternehmen wollen.*

Das Ergebnis solcher Diskussionen kann sich jeder vorstellen, der Kinder in diesem Alter hat oder kennt. Hier fallen Partizipation und Deliberation klar auseinander. Nach allen entwicklungspsychologischen Reifemodellen ist ausgeschlossen, dass die Kinder die oben herausgearbeiteten Kriterien von Deliberation erfüllen können.<sup>30</sup> Die Studien von Jean Piaget und Lawrence Kohlberg verknüpften politische Sozialisation mit der Fähigkeit zum moralischen Urteil – welches auch in der Theorie der Deliberation eine zentrale Rolle spielt. Lawrence Kohlberg zeigte,<sup>31</sup> dass Kinder ab etwa zehn Jahren eine konventionelle Vorstellung von Moral ausbilden, mit deren Hilfe sie allgemeine gesellschaftliche Regeln und Normen verstehen, entwickeln und begründen können.<sup>32</sup> Ab diesem Alter können sie sowohl vom eigenen Standpunkt als auch vom Standpunkt anderer Personen aus argumentieren. Da unparteiische, die eigenen Interessen transzendierende und somit moralisch reife Einlassungen zu politisch-ethischen Themen für jüngere Kinder<sup>33</sup> unmöglich sind, ist in Foren wie Familienräten zwar „Partizipation“, aber eben keine „Deliberation“ möglich. Obwohl Familienräte von Dreikurs für essenziell gehalten werden, um Kinder zu Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen, die sich intrinsisch zu den Werten Demokratie und Gleichwertigkeit bekennen, so gesteht er doch zu, dass in Familienräten auch „falsche“<sup>34</sup> Entscheidungen getroffen werden können. Dennoch sind Familienräte in der Regel sinnvoll. Die suboptimale Entscheidungsqualität wird in vielen Fällen aufgewogen durch die positiven Lern- und Sozialisationseffekte, die das Verfahren auf Kinder und Jugendliche ausübt. Letztendlich muss bei der gängigen Unterscheidung zwischen input- und outputorientiert die Zeitkomponente mitbedacht werden. Nehmen wir an, dass Menschen, die in Periode 1 noch unmündig sind, in Periode 1 wenig durchdachte Entscheidungen treffen, aber durch ebenjenen Beteiligungsprozess mündiger werden. Dann ist zu erwarten, dass in Periode 2 die qua Beteiligungsprozess gereiften Menschen Entscheidungen treffen werden, von denen das politische System in Periode 2 als Ganzes profitieren wird. Die Einbußen bei der Qualität politischer Entscheidungen, die die Gesellschaft in Periode 1 hingenommen hat, zahlen sich in Periode 2 aus.

Aus Kindern werden Jugendliche, und mit wachsendem Alter nimmt die Fähigkeit, richtige Entscheidungen zu treffen,

im Durchschnitt zu, wobei aber große individuelle Unterschiede bestehen bleiben. Wenn man vor dem Hintergrund der Aussagen über „Partizipation ohne Deliberation“ Rückschlüsse ziehen will auf das angemessene Design von Beteiligungsprojekten von jungen Menschen, so kommt nun das *Selbstrekrutierungsprinzip* ins Spiel. Es soll zunächst im Kontext von bürgerschaftlichen Beteiligungsprojekten für Erwachsene betrachtet werden.

### „Parteiläufer“ und „Zeitreiche“ bei Beteiligungsforen von Erwachsenen und Jugendlichen

John S. Dryzek und Patrick Dunleavy unterteilen die Foren, in denen Partizipation bzw. Deliberation stattfinden soll, in solche für Parteiläufer (*partisans*)<sup>35</sup> und solche für Unabhängige (*non-partisans*),<sup>36</sup> womit sie eine zentrale Demarkationslinie begrifflich gut markieren. In die erste Kategorie fallen alle Partizipationsforen, in denen erklärte Gegner und Anhänger einer Sache zusammentreffen, so etwa bei der von Heiner Geißler geleiteten „Schlichtung“ beim Bahnhofprojekt Stuttgart 21 oder bei der von IFOK (Institut für Organisationskommunikation) geleiteten „Mediation“ rund um den Frankfurter Flughafenausbau. Für „Parteiläufer-Diskursforen“ ist charakteristisch, dass ein Mediator die Regeln eines respektvollen und sachorientierten Diskurses durchsetzt. Er oder sie wird „persönliche Angriffe, Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Nie-

Schlichter Heiner Geißler bei der siebten Schlichtungsrunde zu Stuttgart 21 im Rathaus in Stuttgart (26.11.2010). Wenn erklärte Gegner und Anhänger einer Sache zusammentreffen, ist bei solchen „Parteiläufer-Diskursforen“ ein Mediator notwendig. Er hat die Aufgabe, die Regeln eines respektvollen und sachorientierten Diskurses durchzusetzen.

picture alliance/dpa



derbrüllen usw.“<sup>37</sup> verhindern oder es zumindest versuchen. Das Ziel der Foren für Unabhängige ist hingegen, „Dilettanten mit gesundem Menschenverstand“<sup>38</sup> zusammenzubringen, um der Betriebsblindheit der Verwaltung etwas entgegenzusetzen. Bei diesen Partizipationsforen wird nach dem Zufallsprinzip ein repräsentatives Mini-Elektorat der gesamten Bevölkerung rekrutiert (nach dem Motto: „Deutschland in einem Raum“, deshalb auch die Bezeichnungen „*mini-public*“ oder „*mini-populus*“ als Überbegriff für diese Institutionen). Selbstselektion ist hier nicht erlaubt, d. h. man kann sich nicht selbst in diese Foren einladen, wenn man nicht ausgelost wird.

Ein Blick in die Beteiligungspraxis zeigt den Unterschied: Die grün-rote Landesregierung lud 2010/2011 eine Zeitlang immer freitags 17 Uhr zu so genannten Bürgerversammlungen auf den Stuttgarter Rathausplatz ein, um den „Bürgerwillen“ zu erkunden und die neue „Politik des Gehörtwerdens“ umzusetzen. Einmal war das Thema Stuttgart 21.<sup>39</sup> Die überwältigende Mehrheit der Anwesenden stand dem Projekt äußerst kritisch gegenüber. Jeder Einzelne, der zum Rathausplatz gekommen war, hat sich für eine Sache engagiert – und das ist zunächst einmal positiv zu bewerten. Allerdings wird es problematisch, wenn im Anschluss an eine solche Veranstaltung von deren Organisatoren oder von den Medien suggeriert wird, „die Bürgerinnen und Bürger“ seien mit großer Mehrheit für oder gegen etwas. Aus solchen Versammlungen kann die Politik keine Legitimität für mögliche Entscheidungen, z. B. einen Ausstieg aus dem Bahnprojekt, ableiten. Bekanntlich

ergab die Volksabstimmung über den Ausstieg aus S 21 ein anderes Stimmungsbild im Volk als das Meinungsbild, das „die Straße“ zuvor über eine längere Zeit vermittelt hatte. Gerade wenn das Ergebnis des Partizipationsprojektes von großer Bedeutung für das gesamte Gemeinwesen ist, wie etwa bei der Reform der isländischen Verfassung 2010<sup>40</sup> oder des Wahlrechts in der kanadischen Provinz British Columbia 2002/2003<sup>41</sup> müssen Vorkehrungen getroffen werden, dass sich darin nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ (je nach Konnotation auch als „Beteiligungsfans“ bzw. Berufs-, Aktiv- und manchmal Wutbürger<sup>42</sup> bezeichnet) engagieren. Das Prinzip der Zufallsauswahl durchzuführen, ist in der Praxis jedoch leichter gesagt als getan. Beispiel Filder-Dialog (Flughafenanbindung auf den Fildern): Nach den Worten von Staatsrätin Gisela Erler sollten dort „gerade auch die Menschen einbezogen werden, die sich sonst nicht politisch einbringen.“<sup>43</sup> 86 der 168 Teilnehmerplätze waren an die organisierten Projektbefürworter und -gegner sowie die Projektpartner von S 21 vergeben worden, 80 Plätze sollten mithilfe einer Zufallsauswahl besetzt werden. Auf die von der grün-roten Landesregierung verschickten Einladungen an 250 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger reagierten jedoch nur 40, und von diesen 40 wiederum gaben nur fünf eine Zusage.<sup>44</sup> Ein Verfahren, das eine repräsentative Auswahl



der Bürgerschaft einbeziehen wollte, drohte zu einem Forum zu werden, in dem mal wieder nur die „üblichen Verdächtigen“ sitzen.<sup>45</sup> Wie kommt es zu solchen Selektionsprozessen? Schon in den 1970er Jahren haben Sidney Verba und Norman H. Nie empirisch belegt, dass *ceteris paribus* die Chance, sich konventionell politisch zu engagieren, positiv von der individuellen sozioökonomischen Ressourcenausstattung beeinflusst wird.<sup>46</sup> Es gibt allerdings noch eine andere Verzerrung, die erst in jüngster Zeit von der Forschung betrachtet wird: Zeitnot ist in den westlichen, sich immer weiter beschleunigenden Dienstleistungsgesellschaften eine Plage für einen Großteil der Mittelschicht. Da aber vor allem Frührentner und *best ager* weniger unter Zeitnot leiden als andere Gruppen, hätte die Einführung von Partizipationsprojekten mit echter Entscheidungsbefugnis auf breiter Ebene auch Auswirkungen auf die Machtverteilung zwischen den Generationen.

„Beteiligungsdemokratie“ unter den Bedingungen der Selbstselektion läuft also Gefahr, jene gesellschaftlichen Gruppen, die nicht in Vollzeit mit dem Erwerb eines Lebensunterhalts oder der Kindererziehung beschäftigt sind, zu bevorzugen; und jene in der „Rush-Hour ihres Lebens“ zu benachteiligen. Die Spielregeln einer solchen Partizipationsdemokratie können zu einer Herrschaft der „Zeitreichen“ über die „Zeitarmer“ führen, sofern dem Prinzip der Selbstselektion nicht wirksam ein Riegel vorgeschoben wird. Wie das Beispiel der verfehlten Einladungs politik beim Filder-Dialog zeigt, muss in der Praxis viel guter Willen und Geld investiert werden, um diese Art der Verzerrung zu vermeiden. So sollte bereits im ersten Anschreiben an „Zufallsbürgerinnen bzw. Zufallsbürger“ eine Vergütung angeboten werden, die auch für vielbeschäftigte Menschen einen Anreiz darstellt. Bei Absagen der jeweiligen (auf der Basis des Melderegisters ausgelosten) Zufallsperson müssen so lange „Ersatz-Zufallspersonen“ mit den gleichen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Elternschaft, Bildungsabschluss, Einkommensgruppe) wie die ursprünglich ausgewählte Person identifiziert und kontaktiert werden, bis eine Zusage erreicht ist. Es gibt wenige Partizipationsprojekte weltweit, bei denen das Ziel einer qualifizierten Zufallsauswahl wirklich ernstgenommen wurde. In der kanadischen Provinz British Columbia wurde 2002/2003 – mit voller Unterstützung der etablierten politischen Institutionen – eine Bürgerversammlung, die *British Columbia Citizens' Assembly* (BCCA), eingerichtet. Der Auftrag der BCCA war, einen Reformvorschlag für das als problematisch geltende Wahlsystem der Provinz zu erarbeiten. Dafür wurde ihr ein Millionenbetrag zur Verfügung gestellt. Für elf Monate arbeiteten sich 160 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in mögliche Wahlsysteme ein, sprachen mit Interessengruppen und NGOs, und debattierten ausgiebig untereinander. Im Oktober 2004 legten sie ihren Report *Making Every Vote Count* vor, in dem sie eine weitgehende Reform des Wahlsystems empfahlen: Das existierende „*First Past the Post*“-System sollte durch ein „*Single Transferable Vote*“-System ersetzt werden. Dieser Vorschlag wurde dann in einem Referendum allen Bürgern und Bürgerinnen von British Columbia zur Abstimmung vorgelegt (und scheiterte dort nur sehr knapp an einem Quorum). Das Projekt gilt in der Literatur zu Recht als Vorzeigeprojekt. Gerade wenn die Entscheidungsbefugnis für die Teilnehmer eines bürgerschaftlichen Partizipationsprojekts so hoch ist wie hier, ist es für den Er-



folg unabdingbar, dass dem Selbstrekrutierungsprinzip ein wirksamer Riegel vorgeschoben wird.

Bei der Protestbewegung gegen S21 tendiert der Anteil der unter 25-Jährigen gegen Null und nur 20 Prozent der Protestierenden sind unter 45 Jahre alt.<sup>47</sup> Auch bei den anderen „neuen Protestbewegungen“, z. B. gegen Stromtrassen oder den Frankfurter Flughafenausbau, sind in den meisten Fällen *Woopies* (*Well-off older people*) die Taktgeber.<sup>48</sup> Franz Walter greift die *Bourgeois/Citoyen*-Gegenüberstellung nochmals prägnant auf, wenn er schreibt: „Diejenigen mit hohem Ressourcenpotential, die ‚nicht als Citoyens, sondern als Bourgeois agieren‘, tun sich zusammen, nutzen ihre gebündelte Stärke und bauen im Zuge und als Ergebnis der zivilgesellschaftlichen Interessenskonflikte Position und Einfluss noch aus, während die anderen ohne vergleichbare Ausstattungen an Kapital, Kompetenz und Kontakten den Kürzeren ziehen und in den gesellschaftlichen Hierarchien weiter zurückfallen.“<sup>49</sup>

Die Frage, ob nun zum Beispiel die Gegner von S21 eher saturierte Wohlstandsbürger oder eher linke Alt-68er, eine Kombination von beidem, oder doch ein ganz anderes Milieu sind,<sup>50</sup> braucht hier nicht entschieden zu werden. Es reicht der empirisch gesicherte Befund, dass dieser Protest nicht von der jungen Generation getragen wird. Man kann die vielen Formen der Partizipationsprojekte nicht über einen Kamm scheren, aber im Grundsatz gilt, dass bei *Erwachsenenpartizipation* mit dem Anspruch der Gemeinwohlorientierung (Planungszellen, Bürgerräten, Konsenskonferenzen, *Deliberative Polls* etc.) das Prinzip der Selbstselektion problematisch ist. Selbstverständlich ha-





Menschen protestieren im Schlosspark in Stuttgart gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21. Bei der Protestbewegung gegen S 21 tendiert der Anteil der unter 25-Jährigen gegen Null und nur 20 Prozent der Protestierenden sind unter 45 Jahre alt. Empirische Befunde belegen, dass die Taktgeber der neuen Protestbewegungen nicht der jungen Generation angehören.

picture alliance/dpa

ben partikulare Gruppen das Recht, Bürgerinitiativen zu gründen und in vielfältiger Form auf die gewählten Entscheidungsträger Druck auszuüben (Demonstrationen, Mahnwachen, Protestbriefe, Clickivism, etc.). Daraus kann Gutes erwachsen, aber ein solches Engagement ist auf der konzeptionellen Ebene nicht mit einem Einsatz für das Allgemeinwohl gleichzusetzen. Nur durch das Prinzip der Zufallsrekrutierung wird eine breite Repräsentativität gewährleistet, die Voraussetzung dafür ist, dass die Dominanz der Parteigänger mit ihren fixierten Interessen durchbrochen werden kann.<sup>51</sup> Will man, dass unsere repräsentative Demokratie ernsthaft durch eine „Beteiligungsdemokratie“ ergänzt wird,<sup>52</sup> so ist die Abkehr vom Selbstrekrutierungsprinzip eine der Grundvoraussetzungen – so zumindest bei Erwachsenenprojekten.

### Selbstrekrutierung bei Teilnahmaprojekten für junge Menschen dulden

Bei Kindern und Jugendlichen muss hingegen anders argumentiert werden. Hier ist die Besetzung von Teilnahmaprojekten aufgrund des niedrigeren kognitiven Entwicklungsstands der Zielgruppe oft nicht repräsentativ möglich, zumindest nicht bei jüngeren Kindern. Alle oben erwähnten Teilnahmeverfahren können theoretisch sowohl konsultativ als auch mit finaler Entscheidungskompetenz ausgestattet werden. Im ersten Fall ergänzen sie die institutionalisierte Politik (und Verwaltung), im zweiten Fall ersetzen sie diese im Hinblick auf ihre Entscheidungsfunktion.<sup>53</sup> Alle

diese Verfahren könnten ausschließlich mit Jugendlichen durchgeführt werden. Sobald Jugendliche die Teilnahmschaft stellen, verwandeln sich die „Bürgerbeteiligungsverfahren“ in „Jugendbeteiligungsverfahren“. Um eine Analogie zum Beispiel des BCCA oben herzustellen, wird nachfolgend ein fiktives Teilnahmsprojekt für junge Menschen mit echter Entscheidungskompetenz und hohem Finanzvolumen skizziert: *Ein Gemeinwesen entscheidet sich dafür, für seine 10- bis 18-jährigen Angehörigen (800 Personen) eine alternative Schule aufzubauen. Die nötigen Finanzmittel für Bau und Betrieb werden zur Verfügung gestellt. Weiterhin beschließen die von Erwachsenen besetzten politischen Gremien, dass die Ausführung dieses Plans vollständig in der Hand der Zielgruppe, also der 10- bis 18-Jährigen selbst, liegen soll. Nun stellt sich die Aufgabe, aus den 800 Kindern und Jugendlichen ein Gremium zu kreieren, das in der Lage ist, diesen Plan ohne Hilfestellung von Erwachsenen umzusetzen.* Dieses (fiktive) Projekt ist auf Schröders „Teilnahmsleiter“ auf der höchsten Stufe anzusiedeln (9. Selbstverwaltung: Kinder haben als Gruppe völlig autarke Entscheidungsfreiheit. Es obliegt ihnen selbst, ob sie Erwachsene hinzuziehen möchten. Betroffene Entscheidungen werden Erwachsenen lediglich mitgeteilt).

Es erscheint logisch, dass das Selbstrekrutierungsprinzip hier nicht kategorisch abgelehnt werden kann. Wollte man aus jedem Jahrgang (jeweils 100 Personen) nach einer Zufallsauswahl diejenigen bestimmen, die die Schule konzipieren, so würden die Jüngeren davon überfordert. Das in der Literatur (und auch oben im Artikel) für Erwachsene diskutierte Überforderungsargument gilt in potenziertem Maß für Kinder und Jugendliche – weniger in seiner zeitlichen, als vielmehr in seiner kognitiven Variante. Bei Jugendgremien ist Selbstselektion – als zweitbeste Lösung – manchmal die einzige Lösung. Die Nachteile fehlender Repräsentativität sollten natürlich dennoch versuchsweise minimiert werden, aber nicht mit der Entschlossenheit, wie sie bei analogen Erwachsenenprojekten erforderlich ist. Eine Dominanz von einigen Jugendlichen, die den Anforderungen des Teilnahmsprozesses gewachsen sind, ist hier – anders als bei Erwachsenen – tolerabel. Denn die Alternative wäre ja, Jugendlichen gar keine echte Entscheidungskompetenz zu geben; und genau dies ist heutzutage leider der Normalfall.<sup>54</sup> Die hier verfolgte Argumentation verfolgt jedoch das Ziel, denjenigen Kindern und Jugendlichen effektive Teilhabe zu ermöglichen, die dies selbst wollen, weil sie es ihrer Selbsteinschätzung nach auch können. Geringe Teilnahmsraten bzw. hohe Abstinenzraten dürfen dabei nicht als Zeichen für ein unangemessenes Projektdesign wahrgenommen werden. Dieses „Prinzip der Duldung von Selbstrekrutierung“<sup>55</sup> muss im Einzelfall genauer ausbuchstabiert werden, sei es im Hinblick auf institutionalisierte Formen wie Jugendgemeinderäte, Jugendparlamente oder Schülermitverwaltungen, sei es im Hinblick auf nicht-institutionalisierte Jugendbeteiligung. Dies übersteigt Ziel und Umfang dieses theoretisch angelegten Beitrags. Es ist jedoch zu hoffen, dass die hier vorgelegte Argumentation so überzeugend ist, dass sie als „allgemeine Leitlinie“ beim Design von Projekten für die Beteiligung junger Menschen beachtet werden wird.

## ANMERKUNGEN

- 1 Leggewie, Claus/Nanz, Patricia (2016): Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin, S. 42.
- 2 Schmidt, Manfred G. (2008): Demokratietheorien: Eine Einführung. 4. Auflage, Wiesbaden, Kapitel 14.
- 3 Weber, Max (1904/1988): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Weber, Max (1988): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Hrsg. von Johannes Winkelmann. 7. Auflage, Tübingen. (Erstveröffentlichung 1904). S. 146–214. Zu Definitionsarbeit im Allgemeinen (am Beispiel des Begriff der „Nachhaltigkeit“) vgl. auch Tremmel, Jörg (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure. München; sowie Tremmel, Jörg (2015): Nachhaltigkeit. In: Sturma, Dieter/Heinrichs, Bert (Hrsg.): Handbuch Bioethik. Stuttgart, S. 109–114.
- 4 Brooks Lapsley, Arthur (2012): The Papers and Writings of Abraham Lincoln. Band 7. [http://www.gutenberg.org/files/2659/2659-h/2659-h.htm#link2H\\_4\\_0028](http://www.gutenberg.org/files/2659/2659-h/2659-h.htm#link2H_4_0028) [31.10.2016].
- 5 Landwehr, Claudia (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie. In: Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 355–385, hier S. 358.
- 6 Schon Thukydides schreibt, dass Diskussionen „nicht mehr als Hindernis auf dem Weg der Tat, sondern als unverzichtbare Voraussetzung für jede weise Handlung überhaupt“ anzusehen seien; vgl. Gutmann, Amy/Thompson, Dennis F. (2001): Deliberative Democracy. In: Clarke, Paul B./Foweraker, Joe (Hrsg.): Encyclopedia of Democratic Thought. London/New York, S. 137–141, hier S. 137.
- 7 Düwell, Marcus (2011): Kompromiss. In: Düwell, Marcus/Hübenthal, Christoph/Werner, Micha H. (Hrsg.): Handbuch Ethik. 3., aktualisierte Auflage, Stuttgart/Weimar, S. 415–420, hier S. 416.
- 8 Habermas, Jürgen (1983): Diskursethik – Notizen zu einem Begründungsprogramm. In: Habermas, Jürgen: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt am Main, S. 53–125, hier S. 99.
- 9 Düwell 2011 (vgl. Anm. 7), S. 416.
- 10 Es geht nicht immer nur um „Interessen“. Auch aus „Werthaltungen“ heraus können Kompromisse befürwortet werden, selbst wenn eigentlich die nötigen Machtmittel vorhanden sind, um die eigenen Ziele vollständig durchzusetzen.
- 11 Bächtiger, André (2014): Debate and Deliberation in Parliament. In: Strøm, Kaare/Saalfeld, Thomas/Shane, Martin (Hrsg.): Oxford Handbook of Legislative Studies. Oxford, S. 145–166.
- 12 Nanz/Leggewie 2016 (vgl. Anm. 1), S. 43, mit Rückgriff auf Carole Pateman: Participatory Democracy Revisited. In: Perspectives on Politics, 10/2012, S. 7–19.
- 13 Vgl. Scheyli, Martin (2000): Politische Öffentlichkeit und deliberative Demokratie nach Habermas. Institutionelle Gestaltung durch direktdemokratische Beteiligungsformen? Baden-Baden.
- 14 Gutmann/Thompson 2001 (vgl. Anm. 6), S. 140: „[Deliberative Demokraten] ermutigen nicht den Gebrauch von Referenda, außer wenn diese (was normalerweise nicht der Fall ist) unter Bedingungen stattfinden, die ernsthafte Deliberation über den zu beratenden Gegenstand zulassen.“
- 15 Landwehr 2012 (vgl. Anm. 5), S. 355.
- 16 Rähme, Boris (2011): Konsens. In: Düwell, Marcus/Hübenthal, Christoph/Werner, Micha H. (Hrsg.): Handbuch Ethik. 3., aktualisierte Auflage, Stuttgart/Weimar, S. 420–425, hier S. 421. Aus seiner Sicht bezeichnet der epistemische, kognitivistische Anspruch den wichtigsten Unterschied zu Rawls' „overlapping consensus“, der dieses Merkmal nicht aufweise (Rähme 2011, S. 422).
- 17 Barber, Benjamin (2003): Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age. Twentieth Anniversary Edition with a New Preface. Berkeley, S. 129. Siehe auch Textstellen bei Nanz/Leggewie 2016 (vgl. Anm. 1), etwa S. 36: „Als Grundregel gilt dabei, den eigenen Standpunkt mit denen der anderen zu vergleichen und ihn dadurch zu relativieren, selbst wenn man ihn beibehält“. Oder S. 47: „[...]Johne sich zu einer Übereinstimmung zu zwingen“.
- 18 Vgl. Tremmel, Jörg (2017): Normative Politische Theorie: Wissenschaftstheoretische Grundlagen und Anwendungen am Beispiel des politischen Mordverbots. Heidelberg (im Erscheinen) Kapitel 2.
- 19 Ähnlich Fishkin, James S. (2009): When the People Speak. Deliberative Democracy and Public Consultation. Oxford, hier S. 191; Thompson, Dennis F. (2008): Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. In: Annual Review of Political Sciences, Jg. 11. S. 497–520, hier S. 511. Auch Jon Elster (1997) unterscheidet den deliberativen Demokratieentwurf in „The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory“ (In: Elster, Jon/Hylland, Aanund (Hrsg.): Foundation of Social Choice Theory. Cambridge, S. 104–132) von der partizipativen Demokratietheorie. Nicht zuletzt Habermas selbst grenzt sein Modell von liberalen und republikanischen Demokratietheorien ab, vgl. Habermas, Jürgen (1996): Drei normative Modelle der Demokratie. In: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main, S. 277–292.
- 20 Weber, Florian (2012): Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie. In: Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1. Normative Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 223–254, hier S. 224.
- 21 Wer Probleme damit hat, sich unter der Formel „Partizipation ohne Deliberation“ im Kontext von Bürgerbeteiligung etwas Konkretes vorzustellen, dem werden Beispiele aus der Kinderbeteiligung helfen, diese Formel zu verstehen bzw. zu akzeptieren.
- 22 van Deth, Jan W. (2007). Einführung: Kinder als junge Staatsbürger. In: van Deth, Jan W./Abendschön, Simone/Rathke, Julia/Vollmar, Meike (Hrsg.): Kinder und Politik: Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr (S. 9–28). Wiesbaden, S. 9–28.
- 23 Ähnlich, aber mit anderem Fokus: „Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss“ (Oskar Negt).
- 24 Wer einen engeren, auf öffentliche Angelegenheiten bezogenen Demokratiebegriff vertritt, würde dies noch nicht als „politische“, sondern als „vopolitische“ Sphäre charakterisieren.
- 25 Vgl. Wittig, Julia (2015): Kinder und vopolitische Beteiligung: Partizipatives Demokratie-Lernen von Anfang an. In: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.) (2015): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien. Wiesbaden, S. 75–102, hier: S. 78.
- 26 Dreikurs, Rudolf (1974/2003): Familienrat. Der Weg zu einem glücklichen Zusammenleben von Eltern und Kindern; Stuttgart; Vgl. auch Gordon, Thomas. (2012): Familienkonferenz. München.
- 27 Dreikurs 1974/2003 (vgl. Anm. 26), S. 30.
- 28 Schröder, Richard (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim, S. 83.
- 29 Alexy, Robert (1991): Theorie der juristischen Argumentation. Die Theorie des rationalen Diskurses als Theorie der juristischen Begründung. Zweite Auflage mit einem Nachwort als Antwort auf einige Kritiker (Erstveröffentlichung 1978). Frankfurt am Main, S. 235. Habermas hat diese Regeln später übernommen und weithin bekannt gemacht, vgl. Habermas 1983 (vgl. Anm. 8), S. 97.
- 30 Vgl. etwa Oerter, Rolf (2008): Wahlrecht und Entwicklung: die wachsenden Kompetenzen zur politischen Partizipation. In: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen/SRzG (Hrsg.): Wahlrecht ohne Altersgrenze? Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte, München, S. 187–209. Rolf Oerter hält aus den inputorientierten Gründen dennoch Familienkonferenzen für sinnvoll, aber erst ab einem Mindestalter von vier bis sechs Jahren. Für einen Überblick über Entwicklungstheorien vgl. Garz, Detlef (2008): Sozialpsychologische Entwicklungstheorien: Von Mead, Piaget und Kohlberg bis zur Gegenwart. 4. Auflage, Wiesbaden.
- 31 Kohlberg, Lawrence (1995): Die Psychologie der Moralentwicklung. Frankfurt am Main (Original 1984), S. 126.
- 32 Vgl. Wittig, Julia 2015 (vgl. Anm. 25), S. 81.
- 33 Es geht hier um Durchschnittswerte; dessen ungeachtet kann das eine oder andere „Wunderkind“ diese Entwicklungsstufe etwas früher erreichen.
- 34 „Falsche Entscheidungen“ ist eine Kapitelüberschrift (S. 55). Hier verwendet Dreikurs eindeutig kognitivistisches Vokabular. Im Kapitel selbst heißt es weniger klar: „Oft werden Kinder infolge ihrer Unerfahrenheit Entscheidungen treffen, die den erfahreneren Eltern nicht richtig zu sein scheinen“ (S. 55).
- 35 Damit sind nicht Parteimitglieder gemeint, sondern Personen, die schon vor dem Beginn der Partizipation für oder gegen eine bestimmte Sache Stellung bezogen haben und nicht mehr ergebnisoffen in den Prozess einsteigen.
- 36 Dryzek, John S./Dunleavy, Patrick (2009): Theories of the Democratic State. Basingstoke, S. 222.
- 37 Dryzek/Dunleavy, 2009 (vgl. Anm. 36), a. a. O.
- 38 Nanz/Leggewie 2016 (vgl. Anm. 1), S. 75.
- 39 Der Autor war bei dieser Veranstaltung anwesend.
- 40 Landemore, Hélène (2015): Inclusive Constitution-Making: The Icelandic Experiment. In: Journal of Political Philosophy, 2/2015, S. 166–191.
- 41 Warren, Marc E./Pearse, Hilary (Hrsg.) (2008): Designing Deliberative Democracy: The British Columbia Citizens' Assembly. Cambridge.
- 42 Der Begriff „Wutbürger“ wird von Baumgarten und Rucht definiert als „wohlhabende, ältere Konservative, die aus Angst vor Neuem in sehr emotionaler Weise den Status Quo verteidigen“ (siehe Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter (2010): Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch? In: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hrsg.): Stuttgart 21 – ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden, S. 97–125, hier S. 101).
- 43 URL: <https://mvi.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/beginn-des-filder-dialogs-s21-auf-16-juni-verschoben-1/> [21.10.2016].
- 44 Vgl. Schwarz, Konstantin: Planungsvorschläge der Bürger sind nicht gefragt. In: Stuttgarter Nachrichten Online, 22. Mai 2012. URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.filderdialog-planungsvorschlaege-der-buerger-sind-nicht-gefragt.db7e96b8-dala-4ceb-a455-e582a90e6c9f.html> [21.10.2016].
- 45 Erst später startete das Staatsministerium eine zweite Einladungswelle mit 4500 versandten Einladungen. URL: <http://stm.baden-wuerttemberg.de>